

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Letzte Chance für das Hochschulgebiet Zürich-Zentrum</b>
Für Rückfragen	Thomas Wirth, Kantonsrat, Mitglied KPB, Tel. 078 720 19 05
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich Tel. +41 44 701 24 00, E-Mail <a href="mailto:zh@grunliberale.ch">zh@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.zh.grunliberale.ch">www.zh.grunliberale.ch</a>
Datum	02. November 2016

**Uni, ETH und das Unispital gehören zum Stadtbild von Zürich und können sich zurecht auch im Zentrum weiterentwickeln. Lehnt nach der Kommission aber auch der Rat den Rückweisungsantrag ab, wird aber leichtfertig eine städtebauliche Chance verpasst.**

Bereits zu Beginn der Planung zum Hochschulgebiet wurden die Weichen falsch gestellt und anstatt eines offenen städtebaulichen Wettbewerbs wurden strategische Entwicklungsplanungen mit den falschen Voraussetzungen durchgeführt. Der Rückweisungsantrag korrigiert dies. Ein entscheidender Zeitverlust ist dabei nicht zu befürchten. Der Abriss denkmalgeschützter Bauten, die Verlegung der Baulinie der Sternwartstrasse und der Widerstand aus dem Quartier sind nur einige der Risiken bei der Umsetzung. Vieles davon liesse sich mit einer guten städtebaulichen Lösung vermeiden.

Die Grünliberalen wünschen sich eine konsequente Ausrichtung des Unispitals auf die Rämistrasse und einen Park mit der alten Sternwarte als Zentrum. Damit würde die städtebauliche Bedeutung der Rämistrasse aufgewertet und das Quartier vom geplanten Riegel entlastet. Auch aus denkmalpflegerischer Sicht ist eine städtebauliche Neuordnung des Projekts sinnvoller. Der geschützte Spitalpark wird während Jahrzehnten mit Provisorien und Rochadeflächen verschandelt. Die wertvollen Teile des Häfeli-Moser-Steigerbaus bleiben zwar in musealer, aber nicht zeitgemäss nutzbarer Form erhalten, drohen dafür aber vom neuen Unispital erdrückt zu werden. Die geschützte alte Sternwarte steht zukünftig ähnlich verloren zwischen hohen modernen Neubauten, wie viele alte Kirchen in Manhattan. Mit der Zustimmung zum Rückweisungsantrag hat der Kantonsrat die letzte Chance Fehlentwicklungen für die nächsten 100 Jahre zu verhindern.